

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. A.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 M., ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihgeschäfte 20 Pf., andere 10 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Stelle 20 Pf. — Einzelnummern 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 288

Dienstag den 12. Dezember 1922

88. Jahrgang

Wohnungsbauabgabe betr.

Nachdem der 24. Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung für die Stadt Dippoldiswalde oberbehördlich genehmigt worden ist, liegt dieser von heute ab 14 Tage lang zur Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 12, aus. Dieser Nachtrag bestimmt, daß zu der gefälligen Wohnungsbauabgabe und zu dem gefälligen Gemeindefußschlag zu dieser für die Dauer des Rechnungsjahres 1922 ein weiterer Zuschlag zu Gunsten der Gemeinde wie folgt erhoben wird:

bis 200 M.	Miete am 1. Juli 1914	10 v. H.
über 200 M.	"	400 " " " " 15 " "
" 400 "	"	600 " " " " 20 " "
" 600 "	"	900 " " " " 35 " "
" 900 "	"	" " " " " 55 " "

Dieser Nachtrag tritt mit seiner Veröffentlichung mit Wirkung vom 1. April 1922 in Kraft.
Stadtrat Dippoldiswalde, am 9. Dezember 1922.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Am Sonnabend waren die Ausschußmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Stadt zur ordentlichen Herbstversammlung nach dem Fremdenhof-Stadt Dresden zusammenberufen worden, doch waren nur 4 Arbeitgeber- und 9 Vertreter-Vertreter, außerdem 8 Vorstandsmitglieder erschienen. Ausschußvorsitzender Schlossermeister Hamann stellte die ordnungsmäßige Einberufung fest, worauf an Stelle des in den Vorstand übergetretenen Kassierers Hofmann Schriftführer Paul Kühnel als Vertreter der Versicherten für den Ausschußvorstand berufen wurde. In der Tagesordnung eintretend, verhandelte man zunächst über die Neuauflage der Krankenversicherung für die Hausgewerbetreibenden. Diese Versicherung hatte bereits vom 1. 1. bis 3. 8. 1914 bestanden. Während des Krieges war sie durch Reichsgesetz außer Kraft gesetzt worden. Sie kann nur Ortskrankenkassen eingeleitet werden. Der Ausschuß war mit der Einführung einverstanden und nahm die Sitzung in der von Seiten des Vorstandes vorgelegten Fassung in getrennter Abstimmung an. Sie wird vom 1. Januar in Kraft treten. — Wohnungsgemäß muß die Herbst-Ausschüttung einen Haushaltsplan beraten. In der jetzigen Zeit ist das eigentlich eine Unmöglichkeit, denn bei der fortschreitenden Markterwertung kann ein solcher schon überholt sein, ehe er in Kraft tritt. Wie das Verhältnis der Ausgaben sich in diesem Jahre (bis 1. 12., mitunter auch nur bis 3. 9.) zu dem Voranschlag stellt, zeigte ein kurzer Bericht des Kassierers Adam. Darnach betragen die Einnahmen 1.739.800,— M., im Voranschlag 528.000 M., die Ausgaben für Ärzte 285.700 M., gegen 108.000 M., für Zahnärzte 27.600 M., gegen 10.000 M., für Apotheke 142.000 M., gegen Voranschlag 67.500 M. Die Ausgaben für Heilmittel betragen gerade das Vierfache, 32.000 M., gegen 8000 M., während an Krankenhäuser 40.000 M., gegen 33.000 M. im Voranschlag gezahlt wurden. An Krankengeld wurden 400.000 M. verbraucht, nur 180.000 M. waren eingestellt bis Ende des Jahres. Wochenhilfe machte über das Dreifache aus, 125.000 M., gegen 40.000 M. Auch die Ausgaben für Wohlfahrtspflege, 15.000 M., erreichten das Fünffache des Anschlags, 3000 M., desgleichen die persönlichen Verwaltungskosten, 300.600 M., gegen 60.000 M., usw. Wie die Geldentwertung fortgeschritten ist und wie die Ausgaben von Monat zu Monat gestiegen sind, zeigte z. B. die Apothekenrechnungen, die von 8000 M. im Januar immer und immer steigen bis auf 90.000 M. im Oktober. Daß bei solchen Zahlen für kommende Jahre natürlich nur mit Millionen gerechnet werden konnte, mußte jedem einleuchten und andererseits auch, daß der Voranschlag nur ganz wenig Aussicht auf auch nur annähernde Richtigkeit hat. Um dem Veseh zu genügen, war er aber beschlossen worden. Aus Einnahmen an Beiträgen hatte man 11 1/2 Mill. M. eingestellt, die Ausgaben für Ärzte auf 3 Mill. M., für Zahnärzte auf 1 1/2 Mill. M., für Zahnärzte, für sonstige Heilmittel und für Krankenhauspfege auf je 1/2 Mill. M. berechnet. Die Ausgaben für Krankengeld sind mit 2 1/2 Mill. M. für Wochenhilfe und persönliche Verwaltungskosten mit je 1 Mill. M. vorgegeben. Dazu kommen noch verschiedene kleinere Beträge, jedoch eine event. Rücklage von 679.850 M. verbleiben würde. Der Voranschlag wurde in dieser Form genehmigt. Als Rechnungsprüfer für die Rechnung 1922 wählte man Schuhmachermeister Jädel, Schriftführer Paul Kühnel und Maurer Ernst Hegewald. Soweit sie anwesend waren, nahmen sie die Wahl an. Anträge waren nicht eingereicht worden, doch war am Morgen das neue Reichsgesetzblatt mit den Bestimmungen über Erhöhung des Grundlohnes von 500 auf 1800 M. usw. ab 1. Januar eingegangen und nahm man diese Bestimmungen, die einen Satzungsantrag bedingen, noch in Beratung. Man war sich vollkommen einig, daß sofort (wie auch bisher immer) der gefällige höchst zulässige Grundlohn vorzulegen sei und daß eine Neueinteilung der Lohnstufen vorgenommen werden müsse, bedauert wurde von mancher Seite nur, daß das erhöhte Krankengeld den zur Zeit des Inkrafttretens kranken Mitgliedern nicht sogleich, sondern erst nach sechsmonatiger Karenzzeit zugewilligt wird. Man sah darin eine soziale Härte, mußte andererseits aber auch anerkennen, daß ohne diese Maßnahme die Kasse schwere Verluste davontragen, ja in ihrer Existenz gefährdet werden kann. Mit dieser Entscheidung beschloß man auch eine Erhöhung der Zuschüsse für Heilmittel und Krankenhauspfege und zwar dergehalt, daß Zuschüsse für kleinere Heilmittel bis zur Hälfte des jeweilig geltenden höchsten Grundlohnes und große Heilmittel in Höhe von zwei Dritteln des jeweilig höchsten Grundlohnes gewährt werden sollen und daß den Familienmitgliedern von im Krankenhaus untergebrachten Familienmitgliedern ein Viertel des im Stadtkrankenhaus Dippoldiswalde geltenden jeweilig des jeweiligen Geldes gezahlt werden sollen. Auch diese Satzungsänderungen fanden getrennt einstimmige Annahme. Aus der Versammlung heraus wurde dann noch gebeten, Schritte

zu tun, daß der Kasse als einer öffentlich-rechtlichen Vereinigung zu ihren Ausschüßberatungen ein Sitzungszimmer in einem öffentlichen Gebäude zur Verfügung gestellt werde, da die hohen Preise für Bier usw. viele Ausschüßmitglieder vom Besuch der Sitzung abhielten. Dem soll entsprochen werden. Nach zweistündiger Dauer konnte die Sitzung um 10 Uhr geschlossen werden.

Zur Feier des 37. Stiftungsfestes des Vereins „Glück zu!“ das dieser in der üblichen Weise mit Konzert, Theater und Ball am vergangenen Sonnabend im Reichsronnenhalle beging, hatten sich neben vielen A. S. von hier und aus der Umgegend, neben Ehrenmitgliedern, Freunden und Kartellbrüdern der „Teutonia“ Chemnitz und „Garonia“ Oshütte, auch Herren des A. S. Verbandesportlandes eingefunden, um mit der Aktioitas vereint, einige recht frohe Stunden zu feiern. Der Saal war mit Tannengrün in Girlanden und Kränzen und Schleifen und Bändern in den Vereinsfarben und mit der Fahne festlich geschmückt, das Weibertal-Salon-Orchester bot eine gute Konzertmusik. Als das Glück-zu-Lied verklungen war, nahm Präside Gasse das Wort. Wie am Geburtsstage des Einzelnen, so müsse man auch am Geburtsstage eines Vereins, an seinem Stiftungsfeste, Rückschau und Ausblick wagen. Und das ergebe hier die Ueberzeugung, daß der Verein „Glück zu!“ entstand, weil er entstehen mußte, dringendem Bedürfnis abzuhelfen. Er gab einen kurzen Rückblick auf die Vereinsgeschichte, dankte dem A. S. Verband und seinem Vorstande und betonte dann, daß der Verein keine studentische Verbindung sein wolle, aber er wolle sein ein farbentragender Verein, ein Feind der wilden Kneipereien und der ausgelassenen Vergnügungssucht, ein Verein, der den Besuchern der Märschschule Gelegenheit bieten wolle, nach des Tages Arbeit in froher Runde Gleichgesinnter gemächliche Stunden zu verleiben und dort Freundschaften auf Lebenszeit zu schließen. Er begrüßte alle Gäste, Ehrenmitglieder, A. S. und Kartellbrüder, sagte ihnen Dank für ihr Kommen und rief ihnen zu Ehren mit der Korona einen prächtig klappenden Salamander. In gleicher Weise dankten weiterhin die Gasonen und Teutonen für die Begrüßungsworte und sprachen für eine weiteres freies Zusammenleben der Vereinigungen. Nach dem Konzert wurde ein Theaterstück „Höllensqualen“ geboten, das, durchweg recht gut und flott gespielt und bestens registriert, regsten Beifall der Anwesenden fand, nicht minder auch die Schlussnummer Tanzvorführungen. Dem allgemeinen Tanz, dem wie bisher stets, auch diesmal lebhaft zugesprochen wurde und während dessen Verlauf Lose zu einer bestens besetzten Tombola verkauft wurden, folgte noch eine recht gemütliche Kaffeestunde. Auch während dieser wurde noch mancherlei geboten und es gefiel allen so gut, daß man sich nur schwer trennen konnte. Auch dieses Fest des Vereins „Glück zu!“ gab wieder Zeugnis von dem bestehenden guten Einvernehmen zwischen dem Verein bzw. seinen Mitgliedern und der Bürgerschaft, das in letzter Zeit wieder ganz besonders gefestigt ist.

Trotz des Schnees und der prächtigen Schiltenbahn war der Verkehr am gestrigen Sonntag, am ersten diesjährigen Sonntag vor Weihnachten, an dem die Labengestäfte offen halten durften, recht gering. Man sah nur wenig tausenden Publikum in den Straßen. Einestells mögen viele schon früher für Weihnachten gekauft haben, als das Geld noch mehr Wert hatte; andererseits sind auch viele gar nicht in der Lage, neben dem Tätigkeiten zum Leben, den Nahrungsmitteleinlagen auch bis zur letzten Minute. Bei der vielfach noch bestehenden Warenknappheit möchten wir aber davon abraten; es ist dann leicht möglich, daß das Gewünschte nicht beschafft werden kann.

Das prächtige Sportwetter lockte am Sonntag viele Großstadtbewohner auf die Höhen des Erzgebirges. Der Frühzug auf unserer Bahnlinie mußte in drei Teilen gefahren werden, und alle waren voll besetzt. Auch mit dem Vormittagszug fuhren noch viele Sportler hinaus. Abwärts war besonders der Nachmittagszug, zu dem auch ein Nachzug abgegangen wurde, bis auf letzte Plätze ausgenutzt. Gestagt wird oft darüber, daß die Sportler nicht nur in 4., sondern vielfach auch in 3. Klasse die Schneeschuhe mit ins Abteil bringen und hier in die über den Sitzplätzen befindlichen Gepäckkörbe legen. Der anhaftende Schnee tauet und trocknet den darunter Sitzenden auf Kopf und Kleidung, wodurch letztere oft beschädigt wird. Etwas mehr Rücksicht der Sportler auf das übrige mitreisende Publikum wäre wohl am Platze, sonst müßte die Bahnverwaltung darum gebeten werden, zu veranlassen, daß Sportgeräte nur auf der Plattform mitgeführt werden dürfen.

Dr. Johanne Dommajch, Tochter des Prof. Dommajch in Dresden, die väterlicher- und mütterlicherseits alleingeborenen Familien unserer Stadt entstammt, wurde von der Universität Rostock zur Dr. phil. promoviert.

Sösdendorf. Der Schulausschuß beschloß, für schnelle Beschaffung von Lernmitteln 50.000 M. vorzuschließen, auch war man mit Ueberlassung von Schulräumen an Bildungsvereine einverstanden und wählte einen Ausschüß, der die Abnutzungsgeldgebühr festsetzen soll. Auf Grund der von der Amtshauptmannschaft zugelandten Ortschulordnung wird die Unterhaltung, Pflege und Verwaltung unserer Volksschule durch den Gemeinderat ausgeübt, dem ein gemischter Schulausschuß beigeordnet ist, der aus 6 Gemeinderatsmitgliedern, 3 Elternvertretern, dem jeweiligen Schulleiter und 2 Lehrern besteht. Seit 14 Tagen schon sollten 25 Kinder eine Trinkkur durch die Quätersöhle erhalten, die bis jetzt noch nicht verabreicht werden konnte. Als über die Schulleiterfrage in der Fortbildungsschule beraten wurde, kam es zu einer Lärmjagde, in deren Verlauf der eben erst gewählte Schulausschußvorsitzende, Bruno Lenisch, sein Amt niederlegte. Der Schulausschuß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Wittenberg. Ein heftiger Weststurm warf am Donnerstag und Freitag gewaltige Schneemassen auf das Gebirge, so daß die ganze Bergheimat tief eingeschneit daliegt — die Gärten und Felder, die Wiesen und Wälder, die Bäume und Gebäude, alles mit glänzendem Weiß bedeckt und behangen,

wie auf den Bildern der Märchenbücher. Der Schnee wurde an vielen Stellen meterhoch aufgetürmt und erschwerte das Fortkommen ganz bedeutend. Die Verwehung der Verkehrswege erfolgte so rapid, daß der Schneepflug die weißen Massen nicht bewältigen konnte. Die Landstraße nach Zinnwald mußte wegen Schneeverwehung für den Fahrverkehr gesperrt werden. Der Vormittagszug der Müglitztalbahn erlitt am Freitag infolge des Unwetters stundenlange Verspätung.

Poffendorf. Beide Beine brach der Windmüller Scholz bei der Berrichtung einer Arbeit am Windmühlengebäude, von dem er herabstürzte. Das eine Bein war sogar zweimal gebrochen.

Dresden. Während nach der ersten an die Abgeordneten gelangten Mitteilung über die Regierungsvorlage betreffend die Aufwandsentschädigungen der Satz von 20.000 bzw. 25.000 M. vorgegeben war, ist anscheinend während der Drucklegung eine Korrektur insofern vorgenommen worden, als der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf für die in Dresden wohnenden Abgeordneten 25.000 M. und für die auswärtigen 30.000 M. vorsieht. Mit dieser Vorlage befaßte sich in seiner Freitag-Sitzung der Haushaltsausschuß A des Landtages. Nach längerer Aussprache wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen, einem früheren Antrag der Demokraten entsprechend die Aufwandsentschädigung der sächsischen Landtagsabgeordneten denen der Reichstagsabgeordneten so anzugleichen, daß die Dresdner Abgeordneten 80 und die auswärtigen 90 Prozent der Bezüge der Reichstagsabgeordneten erhalten sollen. Von deutschnationaler Seite war der Antrag gestellt worden, daß die Tagungsdauer des Landtages auf 8 Monate beschränkt und daß die Entschädigungen nur für diese Zeit gewährt werden sollten. Wenn außer dieser Zeit Sitzungen nötig sein sollten, so sollten für diese besondere Tagegelder bezahlt werden. Der Antrag wurde abgelehnt und damit beschlossen, daß die Entschädigungen auch für die landtagslose Zeit in voller Höhe gezahlt werden müssen. Zu eingehender Aussprache führte die Bestimmung der Vorlage, daß die Minister, die gleichzeitig Abgeordnete sind, die Diäten nicht erhalten sollen. Bei der Abstimmung ergab sich, daß die Sozialdemokraten und die Demokraten für die Zahlung der Diäten auch an die Minister-Abgeordneten stimmten, die Deutschnationalen, die Volkspartei und die Kommunisten stimmten dagegen.

Dresden. Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Domic und Dr. Philipp haben im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die sich mit den neuen zwangswirtschaftlichen Maßnahmen der sächsischen Regierung auf dem Gebiete des Ernährungswesens befaßt und in der es zum Schluß heißt: Billigt die Reichsregierung das Vorgehen der sächsischen Regierung? Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um die landwirtschaftliche Produktion gegen weitere zwangswirtschaftliche Eingriffe zu schützen? Wie gedenkt die Reichsregierung die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln künftig zu gewährleisten?

Birna. Am Freitag abend gegen 11 Uhr wurde auf der Staatsstraße nach Zehista in der Nähe der Ziegelei ein 19-jähriger Arbeiter von einem unbekanntem, etwa 25—28 Jahre alten Radfahrer angehalten und unter Bedrohung mit dem Revolver zur Herausgabe des Geldes aufgefordert. Der Ueberfallene zeigte sich dazu nicht geneigt, setzte sich zur Wehr und entriß dem Räuber die Waffe, mit der er dann seiner Wohnung zuflüchtete. Der Revolver, ein sogenannter Trommelrevolver, war mit 6 Patronen geladen und war entschert; er befindet sich jetzt im Gewahrsam der Gendarmerie.

Rossen. Wie bereits gemeldet, wurde vom Sonntag zum Montag voriger Woche ein junger Rosener Arbeiter auf dem Heimwege in Flur Wendischbora angefallen und seiner Barchaft in Höhe von einigen Hundert Mark beraubt. Jetzt wurden der Täterschaft verdächtig der Schlosser Max Ditz aus Altendurg und der Bergmann Albert Hölbing aus Jena von der Dresdner Polizei festgenommen.

Leipzig. Ein hier wohnender Postkassierer verkaufte sein in Oberdorf liegendes Holzgrundstück, das ortsgerechtlich auf 30.000 Mark und forstamtlich auf 600.000 Mark geschätzt worden war, an eine Schmiedeberger Holzfirma für 2 1/2 Millionen Mark. Der Mann wäre wahrscheinlich reicher, wenn er sein Holz nicht verkauft hätte.

Schneeberg. Die Ortschaften, die mit Licht und Kraft vom Elektrizitätswerk „Obererzgebirg“—Schwarzberg versorgt werden, waren am Freitag ohne Strom. Die Ursachen dieser Störungen waren die großen Stürme und Schneeverwehungen. (Es geht also auch anders so. D. A.)

Limbach. Dem Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Chemnitz lag in seiner letzten Sitzung ein Ortsgesetz über die Vereinigung der Gemeinden Mittelfrohna und Fichtenthal vor. Die vereinigten Gemeinden werden den Namen Mittelfrohna führen. Sie bilden jetzt schon in vielen Dingen eine Einheit (Kirche, Schule, Krankenkasse usw.). Es ist wahrscheinlich, daß nach Mittelfrohna später einmal mit Oberfrohna vereinigt. Das Ortsgesetz soll befürwortet werden.

„Der Niedergang Europas.“

Unter diesem Titel hat der hervorragende italienische Staatsmann Ritti ein neues Buch erscheinen lassen, das weit über die Grenzen Italiens hinaus Aufsehen erregt und namentlich auch für uns Deutsche von Interesse ist. Sehr scharf kritisiert Ritti die Tätigkeit der Reparationskommission und ihre unbegrenzten Befugnisse, wenn er sagt: „Die Besiegten dürfen selbst ihre absurdesten und bössartigsten Handlungen nicht als feindselige Akte betrachten. Da die Besiegten nur zum Jählen da sind, haben die Mitglieder dieser Kommission natürlich zunächst damit begonnen, sich selbst ungeheure Gehälter und Zuwendungen zu sichern.“

Bernichtend ist Rittis Kritik über Wilson und seine berüchtigten 14 Punkte: „Wilson hatte in seinen vierzehn Punkten gesagt, daß nach Abschluß klarer Verträge alle wirtschaftlichen Schranken fallen und die gleichen Normen das Leben der kleinen und großen Staaten regeln sollten. Er hatte auch noch gesagt, und Amerika hatte sich dafür verbürgt, daß die Entente nur mit dem deutschen Kaiser und nicht mit dem deutschen Volke in Krieg sei. Hat es je eine Ironie der Geschichte gegeben, wie es diese Worte sind, angesichts all dessen, was in Europa geschieht und geschehen ist?“

Weiter wird in dem Buche die schamlose Erdrückung Deutschlands als ein ungeheures Unrecht von unabsehbaren Folgen hingestellt. „Nach der Tragödie Oesterreichs — so sagt Ritti — die Tragödie Deutschlands, beides nicht Folge des Krieges, sondern des Friedens. Über während sie die große Wiedergeburt des germanischen Volkes nicht aufhalten wird, wird sie verhängnisvollerweise in ihren Sturz einen nach dem andern, alle Staaten Europas hineinziehen. Die Bande der Solidarität sind gesprengt, und die wirtschaftliche Lähmung bedroht nach dem Besiegten die Sieger. Wägen sie androhen, was sie wollen: Besetzung, Gewalt, Plünderung, sie werden nichts erreichen, als daß sie in ihrer moralischen Würde zugleich auch die wirtschaftliche Sicherheit ihres Bestandes verlieren. Nur dank seiner großartigen moralischen Widerstandskraft hat Deutschland bis heute widerstehen können; nur durch seine großartige Intelligenz wird es zum Heile Europas und der Welt wieder aufstehen. Kein anderes Volk hätte widerstanden!“ — Und weiter: „Wir würden erröten, wenn man uns beschuldigte, ein halb-wildes Volk so behandelt zu haben, wie wir es mit Deutschland getan. Gegen die Deutschen halten wir alles für erlaubt, d. h. gegen das Volk, das in den letzten 150 Jahren der Welt von Kant bis zu Schopenhauer die größten Denker, von Beethoven bis zu Wagner und Goethe die größten Künstler gegeben und im allgemeinen die größten Beiträge zur Wissenschaft und zu ihrer industriellen Anwendung geliefert hat.“

Das sind Worte, die auch den verböhrtesten französischen Chauvinisten Anlaß zum Nachdenken und zur Überlegung der Schlussworte der Rittischen Ausführungen geben sollten, in denen es heißt:

„Die Sache Deutschlands und der besiegten Völker ist nunmehr die Sache der ganzen Welt; denn nur von ihrer Lösung hängen der Frieden und das wirtschaftliche Gedeihen der gesamten Erde ab.“

Lloyd George gegen Frankreich.

Hestige Anklagen gegen die französische Rheinlandpolitik.

Der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George läßt zur Zeit in den führenden Blättern der alten und der neuen Welt eine Artikelserie über die europäische Politik im Jahre 1922 veröffentlichen. Der erste Artikel ist beziehungsweise gerade am dem Tage erschienen, da Poincaré in London zu den Konferenzberatungen über die Reparationsfrage in London eintraf. Gewissermaßen zum Empfang bringen die Londoner Blätter „Daily Chronicle“ und „Daily Mail“ einen ausführlichen Artikel Lloyd Georges: „Die Zukunft Frankreichs und Deutschlands, der Balt Großbritanniens und die Bedrohung des Rheinlandes.“ Der frühere Premierminister wendet sich gegen die Erklärung Clemenceaus in den Vereinigten Staaten, daß Großbritannien in der Frage der Garantierung Frankreichs gegen einen deutschen Angriff nicht Wort gehalten habe und weist nach, daß das Angebot in Cannes endgültig erneuert worden sei. Poincaré habe es später jedoch nicht angenommen.

Lloyd George erklärt weiter, wenn Frankreich Großbritanniens Garantie der Verteidigung seiner Grenzen annehme, so entspreche damit jede Entschuldigung für die Annexion des linken Rheinuferes durch Frankreich. Er sagt voraus, wenn die französischen Minister entschlossen seien, sich unter keinen Bedingungen, selbst am Ende der Besatzungsperiode nicht, vom Rhein zurückziehen, dann werde in der Geschichte Europas ein neues Kapitel voller Schrecken beginnen. Lloyd George verweist auf die nach Rasse, Sprache, Tradition und Sympathien urdeutsche Art der deutschen Provinzen auf dem linken Rheinufer und vergewärtigt die Gefahr, die in der Zukunft daraus entstehen müsse, daß Millionen Deutscher auf der anderen Seite des Rheins unter einem fremden Joch leben. Ein Befreiungskrieg wäre auf die Dauer unvermeidlich und sein Beginn nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit.

Im Anschluß an diese Ausführungen richtet Lloyd George an Amerika die Aufforderung, daß es rechtzeitig ein wirksames Interesse an der Entwicklung am Rhein nehme. Weber Amerika noch Großbritannien wollten es sich leisten, die Mäander unberücksichtigt zu lassen, die an den Ufern des Rheins vor sich gehen. Lloyd George weist im Verlaufe seines Artikels auf die große Gefahr hin, die mit der französischen Forderung verbunden sei, daß die deutschen Provinzen auf dem linken Rheinufer so lange unter französischer Okkupation bleiben sollten, bis der Vertrag erfüllt sei. Lloyd George kommt sodann auf das harte Ultimatum der „Rheinischen Schule“ in der französischen Politik zu sprechen. Diese Schule sei heute mächtiger denn je. Die besondere Gefahr

steht der frühere englische Premierminister darin, daß den französischen Politikern noch mehr als vor wenigen Jahren Maß, Klugheit und Weltbild fehlen. Nach Lloyd Georges Ansicht könne das Zusammenstehen Englands und Amerikas die Katastrophe abwenden, indem sie klar aussprechen, daß der Angreifer, wer er auch sei, die unbesiegbare Macht der beiden Staaten gegen jede Nation gerichtet sehen würde, die die Welt in einen neuen Konflikt zu verwickeln drohe.

Türkische Gegenforderungen.

Schutz Konstantinopels gegen feindliche Angriffe.

Der Führer der türkischen Bewegung in Lausanne Ismet Pascha hat in der Meerengenkommission der Orientkonferenz zum ersten Mal den grundsätzlichen Standpunkt der Türkei in der Meerengenfrage dargelegt und die türkischen Gegenwünsche mitgeteilt. Er wandte sich zunächst gegen einige Punkte der alliierten Vorschläge und wies in seinen Ausführungen insbesondere die geforderte Entmilitarisierung der Meerengen Konstantinopels zurück mit der Begründung, daß die Türkei nicht auf das Recht verzichten könne im Falle eines Krieges zwischen den Ufer-Staaten, des Mittelmeeres und des Schwarzen Meeres ihr Hoheitsgebiet unabhängig zu verteidigen. Die Türkei sei damit einverstanden, daß eine freie Handelschiffahrt gewährt werde, und sie fordere zur Regelung der einschlägigen Bestimmungen die Einsetzung einer internationalen Kommission, die der Donaukommission ähnlich wäre.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, formulierte die türkische Delegation ihren Standpunkt in der Dardanellenfrage folgendermaßen. Sie fordert:

1. daß Konstantinopel am Marmarameer gegen jeden Angriff vom Meer und vom Lande her gesichert werde,
2. daß Seestreitkräfte, die sich ins Schwarze Meer begeben, derart beschränkt werden, daß sie die entmilitarisierte Zone zwischen dem Schwarzen Meer und dem Schwarzen Meer nicht gefährden. Sie dürfen nur aus leichten Kriegsschiffen bestehen, die zum Schutz des internationalen Handels bestimmt sind,
3. daß im Schwarzen Meere keine Kriegsschiffe unterhalten werden,
4. freie Durchfahrt der Handelsschiffe in Friedens- und Kriegszeiten. Für den Fall, daß die Türkei nicht neutral bleibt, wird sie sich mit der unentbehrlichen technischen Kontrolle begnügen.

Weiter erklärte die türkische Delegation, sie behalte sich vor, auf die einzelnen Artikel des alliierten Planes zurückzukommen, sie müsse aber bereits jetzt gegen eine Reihe von Punkten, die für die Türkei schädlich seien, Bedenken geltend machen. Diese beziehen sich hauptsächlich auf das Marmarameer, die Verbindungen mit Anatolien und Thrazien und wenden sich gegen das Verbot der Truppenbewegung in der entmilitarisierten Zone sowie gegen die vorgeschlagenen Grenzen der letzteren, ferner wenden sie sich gegen das Verbot, im Marmarameer eine Kriegsflotte und Arsenalen usw. zu halten. Was die vier vor den Meerengen liegenden Inseln betreffe, müsse die türkische Souveränität über Zimbros, Tenedos, Samothrace anerkannt und Lemnos selbständig werden. Ebenso müsse für die Halbinsel Gallipoli ein Mindestmaß an Verteidigungsmitteln gegen Angriffe zugelassen werden.

Die Vertreter Rumaniens, Südserbiens, Bulgariens und Griechenlands teilten im Namen ihrer Regierungen mit, daß sie die alliierten Vorschläge über die Meerengen annehmen.

Die Antwort der Alliierten.

In der Nachmittagsitzung erteilte Lord Curzon im Namen der Alliierten die Antwort auf die türkischen Vorschläge und stellte mit Befriedigung fest, daß die Türken im Prinzip sowohl die Entmilitarisierung und das Durchfahrtsrecht der Handelsschiffe, als auch die Bildung einer internationalen Kommission anerkennen. Indem er die einzelnen türkischen Einwände und Forderungen durchging, bemerkte er, daß in keinem Punkte unüberwindliche Hindernisse beständen und daß nunmehr die Sachverständigen daran geben könnten, die Gegensätze auszugleichen.

Alle strittigen Punkte werden nunmehr von den Sachverständigen bearbeitet werden.

Neuregelung der Einkommensteuer.

Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses. Der Steuerausschuß des Reichstages hat beschlossen, die Einkommensteuer für 1922 wie folgt festzusetzen: Für die ersten angefangenen oder vollen 300 000 Mark 10 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 300 000 Mark 15 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 400 000 Mark 20 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 500 000 Mark 25 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 500 000 Mark 30 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 500 000 Mark 35 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1 000 000 Mark 40 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1 000 000 Mark 45 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1 500 000 Mark 50 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1 500 000 Mark 55 Prozent, für weitere Beträge 60 Prozent.

Außerdem würden Sterbessachenbeiträge bis zu 2000 Mark und Lebensversicherungsbeiträge bis zu 16 000 Mark für abzugsfähig erklärt. Die Abzüge für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau werden auf 340 Mark bei Einkommen bis zu 300 000 Mark und für Kinder auf 610 Mark bei Einkommen bis zu einer Million festgesetzt.

Ab 1. Januar 1923 gelten folgende Sätze: Für die ersten angefangenen oder vollen 1 000 000 Mark

10 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1 000 000 Mark 15 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1 000 000 Mark 20 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 Mark 25 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 Mark 30 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 Mark 35 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 Mark 40 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 Mark 45 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 3 000 000 Mark 50 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 3 000 000 Mark 55 Prozent, für weitere Beträge 60 Prozent.

Die Sterbessachenbeiträge bis zu 8000 Mark und die Lebensversicherungsbeiträge usw. bis zu 48 000 Mark sind abzugsfähig. Die Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau werden auf 2400 Mark bei Einkommen bis zu 1 000 000 Mark und für Kinder auf 12 000 Mark bei Einkommen bis zu 2 000 000 Mark heraufgesetzt.

Die Not der Gemeinden.

Die Forderungen des deutschen Städte-tages.

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Städte-tages hat dieser Tage dem Steuerausschuß des Reichstages seine Wünsche bezüglich der Umgestaltung des Landessteuergesetzes vorgetragen. Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin Böß legte dar, daß das Landessteuergesetz nur in bescheidenem Maße die Finanzlage der Gemeinden berückichtigt.

Eine durchgreifende Besserung wäre nur zu erwarten, wenn erstens kein Abbau der Einkommensteuer, sondern im Gegenteil die Erhebung kommunaler Zuschläge hierzu durch Gesetz beschlossen würde, zweitens die Umfassener eine Erhöhung erfähre und drittens die Besoldungsausschüsse des Reiches an die Gemeinden erheblich erhöht würden.

Der Redner schilderte dann die ungeheure Notlage der Gemeinden, deren Finanzen längst am Ende seien. Infolge des Finanzelendes, besonders der Großstädte und der schnell ausgeschlossenen Industriegemeinden, müßten alle größeren kulturellen, sanitären und hygienischen Aufgaben zurückgestellt werden. Jede Hilfsaktion für die Minderbemittelten müßte an den Finanzen scheitern, Abbau von Fortbildungsschulen, Entlassung von Junglehrern, Angestellten, Arbeitern usw. bei den verschiedensten städtischen Betrieben set unumgänglich, hygienische und sanitäre Einrichtungen müßten fallen. Andererseits begänne das Arbeitslosenseheer bedenklich zu steigen, in Berlin sind es in wenigen Wochen bereits 50 000 geworden. Hunderte von Bauten sind allein in Berlin stillgelegt, für Notstandsarbeiten mangelt es an den geringsten Mitteln. Volkvertretung und Regierung müßten nicht die letzte Warnung unbeachtet lassen, sonst erscheine eine gewaltige Explosion in den nächsten Wintermonaten unvermeidlich.

Wenn auch keine Statistik am Hunger haushälterisch Zugrundegegangener möglich sei, so sei doch deren Zahl unendlich größer, als allgemein angenommen wird. Viele von den Insassen der Irrenanstalten seien infolge der Hungerpsychose dorthin gelangt. Die Gemeindefinanzen durch Erhöhung der Gewerbesteuer und Grundsteuern aufzubehalten, sei nicht durchgreifend. Große Teile des gewerblichen Mittelstandes seien bereits über Gebühr belastet, eine Erhöhung der Grundsteuer würde restlos auf die Mieter abgewälzt.

Böß forderte zum Schluß seiner Rede in bezug auf die Umfassener, man möge so schnell als irgend möglich den Gemeinden Geld und Geldquellen eröffnen, um eine Katastrophe im Winter hinauszuhalten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 11. Dezember 1922.

Der deutsche Landwirtschaftsrat hat dem Reichsernährungsministerium eine Denkschrift zugehen lassen, in der auf die Notwendigkeit einer produktiven Ernährungspolitik hingewiesen wird.

Die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein beträgt zurzeit 1058 Mann und 107 Offiziere, die der französischen Truppen in amerikanisch besetzten Gebiet 5423 Mann und 173 Offiziere.

Erklärungen des Außenministers. Im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gab der neue Reichsminister des Auswärtigen v. Rosenbergs nach einer Aussprache über die Ostfragen und insbesondere über die Ausdehnung des Rapallovertrages auf die anderen Sowjetstaaten einen Ueberblick über die gegenwärtige außenpolitische Lage und erörterte die Aufgaben, die der Reichsregierung daraus erwachsen, in großen Zügen. Dabei behielt er sich eingehendere Mitteilungen vor. Die Reichsregierung hoffe, sie in den nächsten Tagen geben zu können. Weiter beleuchtete der Minister die befristeten Forderungen, die die Entente wegen der Umwandlung der militärischen Kontrollkommissionen in Garantiekomitees und wegen der Vorkommissionen in Passau und Ingolstadt gestellt hat.

Der Reichswirtschaftsrat gegen eine Abänderung des Zwangsangeleiagesetzes. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats steht einmütig auf dem Standpunkt, daß es keinen Zweck habe, sich jenseits mit Änderungen des Gesetzes über die Zwangsangeleihe zu befassen, weil es keine Veränderung gebe, die das Gesetz in einer Weise praktisch brauchbar zu machen vermöchte, die den Folgen der bisher eingetretenen und möglichen weiteren Geldentwertung Rechnung tragen könnte.

Die Gehälter der Religionsdiener. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde von sämtlichen Parteien außer Sozialdemokraten und Kommunisten der Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, gemäß der Reichsverfassung zu erwirken, daß die Länder die Zuschüsse an die Religionsgesellschaften der Geldentwertung entsprechend zu gestalten, daß die Gehälter der Religionsdiener den Gehältern gleichstehender Beamter angeglichen werden können.

Die französischen Beschuldigungen gegen Kardinal Faulhaber. Das Pariser 'Journal des Debats' hatte anfangs September schwere, völlig unbegründete Vorwürfe gegen den Kardinal von Faulhaber erhoben. Dieser sollte bei Reisen in dem während des Krieges besetzten französischen Gebiet seine geistlichen Kompetenzen überschritten und sich gegen einen französischen Pfarrer verlegend benommen haben. Die französische Regierung ist auf Wunsch der bayerischen Regierung auf die Grundlosigkeit dieser Beschuldigungen hingewiesen worden. Das 'Journal des Debats' wurde gebeten, sie richtig zu stellen, was jetzt vor kurzem erfolgte.

Erneute Erhöhung des Getreidepreises. Am Montag wird der neue Reichsernährungsminister Dr. Luther vor dem Zwanzigerausschuß, der bekanntlich die Aufgabe hat, für die nächsten zwei Drittel Getreideumlage selbständig die Preise festzusetzen, sein Programm entwickeln. Aus seinen Besprechungen mit den Vertretern der Fraktionen geht hervor, daß Dr. Luther auf dem Standpunkt steht, daß einerseits zwar eine gewisse Erhöhung des Getreidepreises notwendig sei, daß aber andererseits unbedingt das Interesse der Verbraucher, insbesondere der Arbeiterschaft, die sich in der schwersten Notlage befindet, gewahrt werden müsse. Eine neue erhebliche Verteuerung des Brotes könne für die Arbeiterschaft die schwersten Folgen nach sich ziehen. Wie verlautet, wollen die Bandwirte eine drei- bis vierfache Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide beantragen. Wenn der Ausschuß diesem Antrage stattgeben würde, so dürfte der Brotpreis eine wesentliche Erhöhung erfahren.

Der Protest des Rheinlandes. Den zahllosen Protesten gegen die französischen Gewaltpläne haben sich die Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte für den Wirtschaftsbezirk Köln, eine Versammlung der Vertrauensleute der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf und die Arbeitgeberverbände von Mainz, Wiesbaden und Umgebung angeschlossen.

Hannoversche Spende für das Rheinland. Mit aus Hannover gemeldet wird, daß nach einer Mitteilung des Oberpräsidenten Roske die Provinz Hannover als Weihnachtsgabe für das besetzte Rheinland 3 Millionen Mark ausbringen wird.

Einschränkung der Wechselstuben. Die zahlreichen Wechselstuben, die in letzter Zeit an allen Ecken und Enden eingerichtet wurden und deren Bestehen vielerorts zu einer sehr unerfreulichen Steigerung der Spekulationsnot weiter Bevölkerungsteile geführt hat, werden jetzt bedeutend eingeschränkt werden. In den nächsten Tagen verlieren nämlich die auf Grund des Devisenhandels erteilten Handelskammerbescheinigungen ihre Gültigkeit. Damit entfällt für alle nicht vor Banken und Bankiers betriebenen Wechselstuben die Grundlage zum weiteren Geschäftsbetriebe. Um das Wechselgeschäft, so weit zwingende örtliche Bedürfnisse für seine weitere Zulassung vorliegen, auch weiterhin zu ermöglichen, hat der Reichswirtschaftsminister die obersten Landesbehörden ermächtigt, bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung entsprechend dem öffentlichen Verkehrsbedürfnis einzelne Wechselstuben ausnahmsweise über den gedachten Zeitpunkt hinaus zuzulassen.

Fahrtpreisermäßigung für Fahrten im Interesse der Jugendpflege. Durch eine kleine Anfrage ist beim preussischen Staatsministerium angeregt worden, daß die Bergamtsregierung darauf hinzuwirken, daß die Bergamtsregierung die Fahrpreisermäßigung für Fahrten im Interesse der Jugendpflege bereits bei 5 Teilnehmern, wie dies seit langem in Deutsch-Oesterreich eingeführt sei, gewährt werde. Der Minister für Handel und Gewerbe hat darauf geantwortet, daß das Staatsministerium bereit sei, bei der Reichsregierung für diesen Vorschlag einzutreten.

Der Volkswahlrechtsantrag Hannovers. Die Nachricht, wonach der Antrag der Deutsch-Hannover-

schen Partei auf Abstimmung in den Regierungsbüros in der Stadt und Lüneburg vom Reichsminister des Innern wegen Formfehler abgelehnt sei, bestätigt ist nicht. Der Antrag ist übrigens erst am 7. Dezember dem Reichsministerium des Innern überreicht worden.

Der Verband der britischen Industriellen hat in dieser Woche dem Premierminister bei einer Unterredung zwei Schriftstücke unterbreitet, von denen das eine sich mit den interalliierten Schulden, das andere mit der Lage des deutschen und der europäischen Wechselmarktes beschäftigt.

Brigade Andreas von Griechenland ist mit seiner Kommando in Paris eingetroffen.

Präsident Harding hat in Washington ein Frühstück zu Ehren Clemenceaus gegeben.

England: Wahlerfolge der Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei hat bei den Parlamentswahlen in Schottland einen unerwarteten Erfolg erzielt. Bisher wurden gewählt 35 Ministerielle, 19 Liberale und 17 Abgeordnete der Arbeiterpartei, d. h. 7 mehr als im vorigen Parlament. Die Aussichten für die Konservativen, die Mehrheit zu erhalten, sind nur noch sehr schwach.

Ungarn: Bauernrevolution. Nach noch unbestätigten Meldungen sollen Massenaufrufe von regierungstreuen Bauern in Sofia eine Reihe Lokalkomitees, die Räume des demokratischen Klubs und viele Häuser gestürmt haben. Zahlreiche jüdische Kaufleute wurden von der Menge geplündert. Bei den entstehenden Kämpfen soll es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben haben. Die französische Gesandtschaft wurde vollkommen demoliert; der französische Gesandte soll Sofia bereits verlassen haben.

England: Eine Mahnung an Frankreich. In einem Leitartikel schreibt die 'Times', es sei zu befürchten, daß die von Frankreich geplanten drastischen Maßnahmen ein Zusammenwirken Deutschlands mit den Alliierten bei dem Versuch unmöglich machen werden, die Welt zu stabilisieren und die deutsche Produktion und die deutschen finanziellen Mittelquellen für den Reparationsdienst nutzbar zu machen. Es scheint, daß sich die neue deutsche Regierung nicht damit begnüge, passiv die Entscheidungen der Alliierten abzuwarten, sondern sich vorbereite, ihre eigenen Beiträge zu der Erörterung beizubringen.

Vereinigte Staaten: Eine Botschaft Harding. In seiner Botschaft an den Kongreß betrat Präsident Harding auf die allgemeine Lage der Welt und führte aus, die Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung habe kaum begonnen. Die Vereinigten Staaten hätten volle Kenntnis von den Anstrengungen, die die Welt zum Zweck der Wiederherstellung unternähme. Dieser Verpflichtung, die Amerikaner zu beistehen und durch die amerikanische Regierungsform geschaffen worden sei, werde die Regierung bereitwillig nachkommen. Indessen müßte jeder Nation gestattet sein, auf eigenen Füßen vorwärts zu gehen. Die Vereinigten Staaten verlangen von niemandem, daß er die Verantwortung für sie übernehme, und sie übernehmen auch keine Verantwortung, die die anderen selbst tragen müssen. Zum Schluß sagte Harding: Der Krieg hat Amerika zu einer Gläubigerin gemacht. Wir haben nicht danach gestrebt, einen übertriebenen Teil des Goldes der Welt zu haben; wir trachten nicht danach, ein internationales Diktator zu werden. Wir werden uns freuen, die Währungsfrage wiederherzustellen, den Handel in jeder Beziehung zu erleichtern, aber nur so, daß wir nicht auf die Stufe derer herabsinken, die wir emporkommen lassen.

Aussichtsbericht über die Berliner Beratungen. München, 10. Dezbr. Ministerpräsident v. Krieger wird am Montag im Hausparlament des bayerischen Landtags über seine Berliner Verhandlungen und über die Rote der Reichsregierung an die Entente wegen der Zwischenfälle in Ingolstadt und Passau Erklärungen abgeben.

Katholische Kundgebungen in Rumänien. Bukarest, 10. Dezember. In Zusammenhang mit antisemitischen Kundgebungen in Klausenburg und Bukarest zog in Jassy, einer Stadt mit überwiegend jüdischer Bevölkerung, eine 2000 Personen zählende Volksmenge vor die Blätter 'Opinia' und 'Lumea' und vernichtete die Redaktionsräume und die Druck-

ereien. Nachmittags kam es zu neuen Unruhen mit Zusammenstoßen, bei welchen viele Personen verletzt wurden.

Auflösung des spanischen Parlaments. Madrid, 10. Dezbr. Der neue liberale Ministerpräsident de Alencas kündigte an, daß er infolge der Weigerung der Konservativen, dem neuen Kabinett die für die Erledigung der Kammerdebats über die politische Verantwortlichkeit für die Weltkatakastrophie unerlässliche parlamentarische Unterstützung zu gewähren, die Auflösung der Cortes beantragen werde.

Abschaffung der ausländischen Postanklagen in der Türkei. Konstantinopel, 10. Dezbr. Der Kommissar des Auswärtigen der Angoraregierung hat in Erwidrung des Protestes der Alliierten erklärt, Angora sei geschlossen, alle ausländischen Postanklagen in der Türkei aufgehoben und keine Konsulin der feindlichen Mächte zugelassen, bis der Friede geschlossen sei.

Handelsteil. Berlin, den 9. Dezember 1922. Auf dem Devisenmarkt der heutigen Woche lag die Kurve heute wieder an. So lag der Dollar auf 832,50 amtlich. Die Tendenz war entschieden fest. Abgaben wurden in nur ganz geringem Umfang vorgenommen, während andererseits von der Industrie neue Käufe vorlagen und auch die Spekulation Kaufstätigkeit entwickelte. Das Geschäft war dabei nicht groß, zumal die telephonischen Erörterungen, die das Geschäft behindern, vielfach noch nicht beseitigt sind.

Im Effekten-Freiverkehr war die Tendenz ebenfalls lebhaftem Geschäft ausgeprochen. Vor allem bestand nach den Favoriten des gestrigen Tages wieder Nachfrage. Auch für Kassapapiere wurden fast durchwegs höhere Kurse genannt. Im Produktenmarkt war die Stimmung etwas freundlicher. Jedoch hat sich die Kaufneigung noch nicht sonderlich belebt, und die Geschäftstätigkeit blieb wenig umfangreich. Bedingt haben, der in der letzten Zeit stark nachlässigt lag, fand erstmalig etwas größere Beachtung.

Stand der Markt.

	Es kostete	Der amtliche	Kotierungen der Devisen	am
1 holländischer Gulden	3381	3177	1,67	1914
1 belgischer Frank	543	518	0,80	"
1 dänische Krone	1735	1576	1,12	"
1 schwedische Krone	2254	2069	1,12	"
1 italienische Lira	419	391	0,80	"
1 englisches Pfund	38154	35511	20,-	"
1 Dollar	8329	7880	4,20	"
1 französischer Frank	591	559	0,80	"
1 schweizerischer Frank	1581	1496	0,80	"
1 tschechische Krone	302	250	"	"

Gedenktafel für den 11. Dezember. 1582 † Der spanische Feldherr Herzog von Alba in Dillibon (* 1507) — 1783 † Der Dichter Mar v. Schenkendorf in Tilsit (* 1817) — 1801 † Der Dramatiker Christian Dietrich Grabbe in Detmold (* 1808) — 1848 † Der Bakteriologe Robert Koch in Klausthal (* 1810) — 1914 † Der Schriftsteller Hans v. Hoffenthal in Bogen (* 1877).

Sport und Verkehr.

× Französische 'Vorkämpfer'. Der Vorkämpfer des französischen Meisters Carpentier gegen den Engländer Battling Sill, der bekanntlich mit der aufsehenerregenden Niederlage Carpentiers endete, hat jetzt ein peinliches Nachspiel für den französischen Boxsport. Sill erklärt jetzt, der Kampf sei eine abgetratene Sache gewesen, er sollte gegen eine hohe Ablösung sich in der vierten Runde als geschlagen begeben. Diese Abmachungen will Sill jedoch im Laufe des Kampfes aus psychologischen Gründen durchbrochen haben. Er erzählt weiter folgendes: 'Ich kam in den Ring mit der Absicht zu fallen, wie man es mir befohlen hatte. In der ersten, der zweiten, der drit-

Lebe, welche leben.

(63. Fortsetzung.) Grete Hermer war gleichfalls aufgestanden. Ihr Gesicht noch gefaßt erscheinendes Gesichtchen verlor sich in ruhigen Ausdruck. Aber ihr im Grunde doch gutes, warmes Herz steckte über das aufsteigende Empfinden von Angst, das sie überkam.

'Hedwig ist natürlich unschuldig', sagte sie im Ton einer echten Ueberzeugung. 'Kein Mensch, der sie kennt, kann ihr eine solche Tat zutrauen. Auch vom Horn oder Schmerz ließe Hedwig sich nie so hinreißen.'

Ernst Richter half Herrn Hermer in seinen Belästigungen. Diese Gelegenheit benützte der ältere Mann, um mit ihm ein paar Worte allein zu sprechen.

'Rehmen Sie Einfluss auf Irwein', sagte er in gedämpfem Tone. 'Der junge Mann kann seine Lage unmöglich jetzt schon klar überblicken! Ich kenne sie gewiß besser als er selbst. Und sie ist in Wahrheit eine sehr ernste und schwierige.'

Richter antwortete gleichfalls leise. Sie redeten hin und her.

Rolf stand allein neben Grete Hermer. Sie hatte sich bereits in ihren Mantel gewickelt und den Seidenschal über das krause Blondhaar gelegt. Mit einem selbstsam gespannten Zug in dem runden, kindlichen Gesicht sah sie zu Rolf empor.

'Kun?' sagte sie. 'Und wie wollen Sie nun eigentlich Hedwig helfen?'

Eine Sekunde lang sah er wie unschlüssig in ihre blauen, glänzenden Augen. Aber da klomm, wie schon so manches Mal, in der Tiefe dieses Blickes ein helles Strahl auf; beinahe verbend wurden diese hellen Mädchenaugen. Und im selben Moment fühlte Rolf Irwein es deutlich: Wahrheit war hier das einzig Richtige.

'Liebe Grete', sagte er wärmer als sonst, denn sie tat ihm unendlich leid, obgleich er ihr nicht helfen konnte und wollte. 'Was mit Hedwig geschehen wird, das kann heute wohl niemand sagen. Eins aber steht unverrückbar fest: Ihr Schicksal ist das meine. Denn Hedwig ist meine Braut, Grete. Ich habe sie lieb über alles und siehe zu ihr, mag kommen, was da will.'

Grete Hermer war ein vernehmliches, vielleicht sogar verzogenes Kind. Aber eins konnte sie gut, sie, die unter der Obhut von Erzieherinnen und Gouver-

nanten aufgewachsen war: Sie verstand es, sich zu beherrschen. Ganz totblau war ihr Gesicht und wie tiefe Schatten fiel es drüber hin, so daß die kindlichen Züge plötzlich um vieles älter und reifer erschienen. Aber sie rang doch tapfer alles nieder, was jetzt in heißem, ungestümem Weh in ihr emporswallte. Ihre Kinderliebe zu Rolf, die Schwärmerie für Hedwig — alles verschmolz in ein Gefühl: das Empfinden einer edlen Entfagung, zu der das Gesicht sie selbst ausserloren hatte; sie erschien sich bedeutend und interessant durch das herbe Opfer, welches das Leben von ihr forderte. Die zierliche Mädchengestalt streckte sich förmlich. Mit Lippen, um die ein verhaltenes Weinen juckte, sprach sie:

'Ich — ich wünsche Ihnen alles Glück, Rolf! Und — und denken Sie gut an mich, wie man an eine getreue Freundin denkt! Wenn ich Ihnen oder Hedwig einmal irgendwie helfen kann, so bauen Sie sich auf mich. Ich stehe immer zu Ihnen!'

Von der Straße her klang leiser Hufschlag. Josef knallte mit der Peitsche. Dann hörte man seine Stimme. Er sprach mit jemandem. Und ganz deutlich hörte bis hier herein in das Zimmer eine antwortende frische Männerstimme:

'So? Also im Gutshaus sind die Herrschaften? Na, dann ist es ja gut. Ich konnte heute gar nicht schlafen. Eine starke Unruhe quälte mich um Onkel Hermer und Grete. Mir schien es nicht ratsam gewesen, nachts auf der einsamen Waldstraße heimzugehen. Und so wartete ich. Aber anstatt des Wagens kam der Wondarm und berichtete mir eine sehr sonderbare Geschichte von einem Autounfall und von der alten Kathrin, der Sumpfsäge. Kun, und da litt mich's nicht länger. Ich ritt dem Wagen entgegen, der mir viel zu lange ausblieb.'

'Komm, Grete! Da drunten ist Walter, den wieder einmal die Angst gepackt hat, daß dir in meiner Obhut etwas geschieht', sagte Wilhelm Hermer mit einem Anflug von stillem Humor. Aber er schwieg sofort, als er in das veränderte Antlitz seines Kindes blickte. Er kannte ja jeden Zug in diesem Gesichtchen. Und er wußte sofort, daß hier eine Entscheidung gefallen war, welche diesem jungen Herzen sehr wehe tat.

Still schritt er hinter der schlanke Mädchengestalt hinaus. Rolf und Ernst Richter geleiteten die beiden bis zum Wagen. Neben diesem hielt ein stattlicher Ketter auf einem schneigen Klappen.

Als Walter Hermer Grete erblickte, ging ein Schimmer echter Freude über sein männlich hübsches, offenes Antlitz. 'Ich habe mich so sehr gefreut', wiederholte er noch einmal. In seiner Stimme klang ein unendlich warmer Ton, den er gar nicht zu verbergen trachtete.

Sonst hatte Grete nie darauf geachtet, denn alle ihre Gedanken wickelten meist bei Rolf Irwein. Jetzt fiel ihr seine gültige Art zu sprechen, angenehm auf. Mit einem dankbaren Blick gab sie ihm die kleine Hand.

'Es ist so gut von dir, daß du so besorgt bist um mich, Walter', sagte sie.

Herr Hermer horchte erstaunt auf. Wie sprach denn Grete heute mit ihrem Better?

Der Blick des älteren Mannes ging von seiner Tochter zu Rolf Irwein. Es war eine Frage in diesem Auge und Rolf verstand sie.

'Ich habe Fräulein Grete, die ja so oft in unserem Kreise mit uns fröhlich war, soeben eine Mitteilung gemacht, die ich jetzt natürlich nur meinen aller nächsten Freunden mache', sprach Rolf rasch. 'Ich sagte ihr, daß ich mich mit meiner Cousine, mit Hedwig Mirbach, verlobte. Und zwar gleich nach dem furchtbaren Ereignis im Jagdhaus.'

Eine augenblickliche Stille folgte. Herr Hermer sah in einem starken Erschrecken nach Grete. Diese lächelte ihm zu mit blasser Munde. Da reichte Hermer ernst dem jungen Manne die Hand: 'Es ist keine Zeit zum Glückwünschen! Ich kann nur mit Ihnen hoffen, daß noch alles sich zum Guten wendet. Freilich: Unseren lieben Freund und Nachbarn, Ihres Vaters, haben wir verloren. Daran ändert keine Zukunft mehr etwas! Aber — wie gesagt — erinnern Sie sich immer, daß Sie bei den Nachbarn warmen Freunde finden. Gott befohlen, meine Herren. Auf Wiedersehen!'

Grete drückte sich wieder in ihr Binseln. Walter Hermer entzog nun, nachdem auch er ein paar freundlich anteilnehmende Worte zu Rolf gesprochen hatte, den Vater aller Oborge um seine Tochter. Er richtete alle die warmen Teden und Posten, zog den Belästiger um die blühende Gestalt und richtete ihr auch nach den großen, seidengefüllten Muff, damit die Hände nicht allzu heiß würden.

(Fortsetzung folgt.)

den Kunde sey ich alles mit mir geschehen, aber in der vierten, als ich mich selbst auf den Knien sah, vor 50 000 Zuschauern, kam mir der Gedanke: du bist noch vor keinem Boyer auf den Knien gewesen, auch nie vor einem solchen Publikum, wie kommt du dir jetzt vor... Mein Blut kam in Wallung, ich raffte mich auf und schlug zu, mit um so größerer Kraft und Energie, als mir Carpentiers Hiebe zuvor nicht das Geringste getan hatten. Da kam mein Manager Heller in der Pause in meine Ecke und flüchelte mir ins Ohr: „Was machst du da für Dummheiten? Hast du die Abmachungen vergessen?“ Ausgemacht war, daß ich in der vierten Runde fallen sollte. Da mit hätte Heller 300 000 Francs verdient. Ich aber habe nicht gewollt.“ Diese Erklärungen Sikis klingen nicht ungläubhaft. Carpentier selbst bezeichnet sie als lächerlich. Die ordentlichen Berichte werden sich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen.

Aus Stadt und Land.

Büchertieferungen auf Reparationskonto. Zwischen Deutschland und Italien ist ein Vertrag abgeschlossen worden, auf Grund dessen Deutschland an Italien deutsche Bücher, die vor und während des Krieges erschienen sind, im Werte von 4 Millionen Goldmark auf Wiederherstellungskonto zu liefern hat. Hierzu ist noch die Genehmigung des Wiederherstellungsausschusses erforderlich.

Abklingen der Ludwigshafener Streikbewegung. In einer großen Anzahl von Betrieben, deren Arbeiter sich anlässlich des Streiks in der Badischen Anilin- und Sodafabrik von den Kommunisten in einen Sympathiestreik hineingezogen ließen, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Zwischen den Werkleitungen sämtlicher vom Streik betroffenen Betriebe und den Führern der Gewerkschaften finden neue Verhandlungen statt.

Rückgabe französischer Kunstgegenstände. In Dresden erfolgte die Rückgabe von Kunstgegenständen aus französischem Besitz im Werte von mehreren Millionen Mark an ihre französischen Eigentümer. Die Kunstwerke, die im Jahre 1914 in Dresden ausgestellt waren, gehören in der Hauptsache dem Direktor der „Dépêche de Toulouse“.

Der Dezemberkurs der Bankbeamten. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen haben zu einem Abkommen geführt, das von allen beteiligten Verbänden angenommen worden ist. Die auf Grund dieses Abkommens zu leistenden Zahlungen sind seitens der Banken tünlichst bis zum 16. Dezember zu bewerkstelligen.

Der Landesfriedensbruch in der Villa Hellfisch. Im Prozeß gegen die wegen Landesfriedensbruchs in der Villa des in Freibrücken wohnhaften Bruders des Abgeordneten Hellfisch angeklagten Kommunisten wurden zwei Angeklagte zu einem Jahr bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen sieben Angeklagten wurden freigesprochen.

Certliches und Sächliches

Dippoldswalde. Oberregierungssekretär Arnold bei der hiesigen Amtshauptmannschaft ist, wie wir hören, zur Amtshauptmannschaft Großenhain versetzt worden. Er wird schon in kurzer Zeit Dippoldswalde verlassen.

Wegen verbotener Ausfuhr und sonstiger Grenzvergehen hatte der Maurer Franz Joseph Eichler aus Böhmisch-Zinnwald einen Strafbescheid über 6 Wochen Gefängnis und 4 Millionen Mark Geldstrafe erhalten. Eichler erhob Einspruch mit dem sehr wesentlichen Erfolge, daß die Strafe vom Schöffengericht Altendberg auf lediglich eine halbe Million Mark festgesetzt wurde. Die Gefängnisstrafe kam ganz in Wegfall.

Freital. Zwischen den Vereinigungskommissionen der Gemeinde Burgl und der Stadt Freital wurde die Einverleibung der Gemeinde in die Stadt für den 1. April 1923 vereinbart.

Dresden. Die kommunistische Arbeiterjugend hatte für letzten Sonntag vormittags eine Demonstration auf dem Freierviertel geplant, deren unausgesprochener Zweck für jeden sofort klar ersichtlich war. Das Polizeipräsidium hat aber auf Grund des Artikels 123 Abs 2 der Reichsverfassung die Versammlung sowie die daran sich anschließende Demonstration verboten, weil nach den bei den letzten Unruhen gemachten Erfahrungen mit einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu rechnen ist und an dem genannten Tage wegen des Weihnachtsverkehrs die Geschäfte geöffnet seien.

Vor einiger Zeit griff die sächsische Polizei scharf zu der Ueberschwemmung Sachsens, namentlich Dresdens, durch Weseländer, vor allem durch Eschewen, ein Ende zu machen. Die Weselhöfe und die Grenze wurden scharf bewacht. Millionen und Abermillionen aufgekaupte deutsche Waren wurden beschlagnahmt, hohe Geldstrafen bis zu 2 Millionen Mark und selbst Freiheitsstrafen verhängt. Inzwischen sind mehrere Monate vergangen. Die Weselstrafen sind wieder überfüllt wie vor einigen Monaten und in Dresden wimmelt es von ausländischen Aufkäufern. Die Regierung hat die Pflicht, hier endlich einmal energisch durchzugreifen, um diesen empörenden Zuständen ein Ende zu machen.

Nach den bisherigen Feststellungen sind in der Stadt Plauen knapp 1500 Personen von der Versorgung mit Mackerel ausgeschlossen, eine Zahl, die gegenüber den Versorgungsberechtigten verschwindend gering ist. Ob die dadurch erzielten Ersparnisse an Umlagegetreide die Kosten für Umlagerung der Äpfel, Prüfung der Anträge, Druckkosten usw. decken werden, muß bezweifelt werden.

Ein guter Fang glückte der Dresdner Polizei bei einer Streife im Dresdner Hauptbahnhof. In einem Wartesaal fielen Polizeibeamten zwei Männer auf, die einen großen Sack im Besitze hatten. Als sie nach der Bahnhofswache geführt wurden und der Sack mit noch dem Wachslokal gebracht werden sollte, erscholl aus diesem ein lautes Quieten. Die Polizeibeamten stellten alsbald fest, daß sich ein lebendiges Schwein in dem verdächtigen Sack befand, daß die beiden stützten Männer — zwei Dresdner Einbrecher — in der Nacht zuvor in Zuschendorf, Amtshauptmannschaft Pirna, gestohlen hatten.

Bautzen. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag erhielten die Sozialdemokraten 5601 Stimmen = 13 (bisher 11) Sitze, die Demokraten 2606 Stimmen = 5 (bisher 4) Sitze, die Wirtschaftspartei 6045 Stimmen = 14 (bisher 20) Sitze, die Kom-

munisten 820 = 2 (bisher 0) Sitze und die Mietwirtsbesten 565 Stimmen = 1 (bisher 0) Sitze. Mitbin erhielten die bürgerlichen Parteien 20 und die Linksparteien 15 Sitze (bisher 24 : 11). Die Verschiebung ist vor allem auf die Einverleibung von Seibau zurückzuführen. Die Wirtschaftspartei hat ihre bisherige absolute Mehrheit eingebüßt. Die Wahlbeteiligung betrug gegen 80%.

Freiberg. Die Stadtverordneten stimmten der veranschulichten Einführung des Schwimmunterrichts in den Volksschulen bei. Weiter wurde die Erhebung eines Sonderzuschlags zur Wohnungsbauabgabe in Höhe von 150 % des Nutzungswertes der Wohnungen im Jahre 1914 ab 1. Jan. beschlossen. Dazu gehört allerdings noch die ministerielle Genehmigung.)

Deberan. Ein neuer großer Weihnachtsberg, an dem ein hiesiger Einwohner 12 Jahre arbeitete, ist fertig gestellt und gelangt hier zur Ausstellung. Er ist 8 Meter breit, alle Figuren sind beweglich und die ganze Anlage wird elektrisch betrieben.

Grimma. Die Mulde ist aus den Ufern getreten. Bei einem Stand von 2,40 Meter über Null, den die Mulde erreicht, überschwemmt sie weithin das anliegende Gelände, die Einwohner mußten bereits vielfach vor dem eindringenden Wasser die Keller ausräumen. Weiterer Wuchs steht zu erwarten. — In dem sieben Ortshäusern umfassenden Kirchspiel Döben haben sich die Landwirte zu einem großzügigen Hilfswerk zusammengeschlossen. Sie liefern kostenlos das Brotgetreide, um den schwerstleidenden Gemeindegliedern das gesamte Brot für ein Jahr sicherzustellen. Eine Großmühle und sämtliche Bäder haben sich zu kostenloser Mitarbeit dem Liebeswerk gleichfalls zur Verfügung gestellt. Ebenso sind die nötigen Kartoffeln zum großen Teil bereits gezeichnet; auch sind namhafte Spenden an Kohlen von den Kohlenwerksbesitzern in Aussicht gestellt worden.

Dahlen. Infolge der von der Regierung festgesetzten Butterpreise streift die hiesige Landwirtschaft und gibt keine Butter heraus. In der Volkerelevationsstelle wurde Butter nur gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte abgegeben.

Tandorf, Bez. Grimma. In das Gehöft des Gutbesizers Büttner wurde ein Einbruch verübt. Es gelang, den Einbrecher zu stellen, der einen Revolver aus der Tasche zog und einen in dem Gute bediensteten Knecht niederschloß. Der Knecht erlag bald darauf den erlittenen Verletzungen. Dem Einbrecher gelang es, unter Zurücklassung eines Hutes und einer Taschenlampe unerkannt zu entkommen.

Gemmitz. Ein Geschäftsbote fand im Bahnhofgebäude eine Brieftasche mit 151 000 Mark und 96 sächsischen Kronen. Als er die Brieftasche im Fundbüro abgeben wollte, meldete sich auch der Verlierer, angeblich ein Leipziger Herr, und „belohnte“ die Ehrlichkeit des Boten mit — 1000 M.

Burghardsdorf. Am Donnerstagabend in der 11. Stunde verunglückte auf dem Heimwege von Burghardsdorf nach Eisenberg Remtau das Auto des Fabrikbesizers Hager. Infolge des starken Schneeeintrages fuhr der Chauffeur kurz vor der Wohnung an einen Baum, wobei die Tochter des Fabrikanten schwer verletzt wurde. Der Chauffeur kam mit leichten Verletzungen davon.

Glauchau. Der orkanartige Sturm hat neben verschiedenen Sachschäden auch einen ganzen Neubau zerstört. Der Saupseige Neubau (ein Einfamilienhaus) am Brauerei-Restaurant stürzte beinahe völlig zusammen, nachdem erst das Bauheben stattgefunden hatte. Das Dach wurde vom Sturm abgedeckt, die Wände des Hauses wurden zum Teil zerstört, zum Teil verfallen. Der Schaden ist ganz bedeutend.

Crimmitschau. Ein Raubfall wurde Sonnabend früh gegen 4 Uhr hinter Markt Sahnau verübt. Als ein Nahrungsmittelgroßhändler aus Werbau mit seinem Gesährt an den Hohlweg hinter Markt Sahnau kam, bemerkte er, daß das Schleißzeug angeordnet worden war und daß ein Mann den Pferd in die Zügel fiel. Zu gleicher Zeit kam vom hinteren Teil des Wagens ein Fremder auf ihn zu, dem der Besitzer des Gesährts mit einem Stiel Holz einen Schlag ins Gesicht versetzte. Daraufhin blieben die Räuber zurück. Später eilten sie dem Gesährt aber wieder nach und bedrohten den Besitzer abermals, liehen dann aber von einem neuen Angriff ab. Sie verfolgten das Gesährt trotzdem noch bis Schönheide, wo der Lebensmittelgroßhändler in der Nähe des Gasthofes nochmals bedroht wurde.

Zwickau. Hier wohnen verschiedene Familien, die auf eine jahrhundertlange Bergangehörigkeit zurückzuführen können, so die Familie Hücher, die fast 400 Jahre lang das Fleischergewerbe betrieben hat. — In der hiesigen Markentirche fanden seit langer Zeit alljährlich an hohen Festtagen 10 große Orchesteraufführungen bei den Gottesdiensten statt. Wegen der Teuerung muß darauf künftig verzichtet werden. — Ein Fleischer aus Weichbach hatte eine Hundesteuer als Hammelsteuer verkauft. Das Gericht verurteilte ihn zu 2000 Mark Geldstrafe.

Plauen. Im nahen Jöhniß ist die Rittergutscheune ein Opfer des großen Sturmes geworden. Die sehr geräumige Scheune ist völlig zusammengebrochen, der Schaden daher ganz bedeutend.

Markenkirch. Der hiesigen Kirchengemeinde als Universalerbin einer vor kurzem im hohen Alter verstorbenen alleinstehenden Frau fielen u. a. ein hochwertiges Feldgrundstück und eine Scheune zu. Da jedoch hieron nicht weniger als 70% Erbschaftsteuer zu entrichten wären, von der Erbschaftin auch noch sonstige kostspielige Bedingungen (Sehen eines großen Grabsteins, Unterhaltung von 6 Gräbern usw.) gestellt werden, so wird zunächst eine Schätzung der Grundstücke vorgenommen und dann entschieden werden, ob sich die Annahme des Vermächtnisses überhaupt verbietet.

Klingenthal. Seit 17. Juli haben die bürgerlichen Vertreter im Rat- und Stadtverordnetenkollegium ihre Ämter niedergelegt und sind seitdem den Sitzungen ferngeblieben. Dies war eine Folge der Ausschreitungen, welche gelegentlich einer am 27. Juli veranstalteten sozialistisch-kommunistischen Demonstration gegen die Wirtschaftlichen Vereinigung angehenden Stadträte und Stadtverordneten begangen wurden. Unterm 7. August und 21. November bezeichnet das Ministerium des Innern die Amtsniederlegung als unzulässig. Da aber durch Verordnung des Justizministeriums vom 4. November das Strafverfahren wegen Landesfriedensbruchs gegen die Veranstalter der Demonstration niedergeschlagen worden ist, den schwer gekränkten Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung also keinerlei Genugtuung geschieht, so werden sie auch fernerhin auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren.

Montag mittag (im Freiverkehr):
Dollar 8300—8325
Tschechische Krone 263

Falkenstein. Die v. Trübschlerische Fortverwaltung hier will versuchen, die Bevölkerung der Stadt, und zwar zunächst Familien mit Kindern und minderbemittelte Kreise, mit Christbäumen zu ganz wesentlich ermäßigten Preisen zu versorgen.

Letzte Nachrichten

Die deutsche Note in London.
London. Entsprechend ihrer Absicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, Aufrichtigkeit und geschäftlichen Klarheit zu führen, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage erneut nachdrücklich betont und, um eine baldige Lösung durch zweckmäßige Vorschläge anzubahnen, in Ausführung der Note vom 14. November ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Erörterung gestellt. Das dafür zu gewährende Moratorium soll je nach der Höhe des Zeichnungsergebnisses bis zu fünf Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Lasten des Vertrages von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wiederhergestellt werden. Der Ertrag der ausländischen Anleihe soll ganz, der Ertrag der inländischen Anleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die übrige Hälfte soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichsbauhaushaltes dienen. Die Vorschläge sind dem Ministerpräsidenten bereits vorgelegt worden.

Der Verlauf der Londoner Beratungen.
Paris. Nach offizieller französischer Darstellung hat Poincaré in der ersten Sitzung der Londoner Konferenz folgende Vorschläge gemacht: Deutschland solle ein Moratorium für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren bewilligt erhalten, geltend für seine Barzahlungen; die Sachleistungen müßten in dieser Zeit, wenn auch in beschränktem Umfang, fortgeführt werden. Gleichzeitig müßte die deutsche Regierung mit größter Beschleunigung die nötigen Maßnahmen ergreifen, um ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Ein Kredit von 500 Millionen Goldmark, ergänzt durch einen ebenso großen Betrag aus den Goldreserven der Reichsbank, solle Deutschland zum Zwecke der Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Zur Sicherung für die Ausführung dieser Reform müßten die Alliierten den Betrag von 25 % von den Ergebnissen der deutschen Ausfuhr und die Zoll-einnahmen beschlagnahmen, sowie das Kohlengebiet an der Ruhr kontrollieren. — Bonar Law soll erklärt haben, die englische Regierung wäre mit einer gewissen Finanzkontrolle über Deutschland einverstanden und akzeptiere auch die Beschlagnahme von 25 % der Ergebnisse der deutschen Ausfuhr und die Beschlagnahme der Zolleinnahmen; sie wäre aber nicht einverstanden mit einer sofortigen Besetzung des Ruhrgebietes.

Kirchen-Nachrichten.

Reinhardtsgrimma. Dienstagabend 6 Uhr Abendmahlsfeier in der Schule zu Obertraundorf.

Bemerktes.

* Das sterbende Vereinsleben. Die Not der Zeit fängt an, geradezu zerstörend und vernichtend auf alles gesellige Leben und das Vereinsleben einzuwirken. Viele Vereine werden den unangehören Heilungs- und Lichtkosten ihren Mitgliedern nichts mehr bieten können, es sei denn, daß sie die Beiträge und das Eintrittsgeld um das Vielfache erhöhen. Solche Opfer werden aber viele kaum mehr zu bringen in der Lage sein. Empfindlich zu leiden haben unter der entsetzlichen Teuerung in erster Linie die Wirte und Saalinhaber. Der Gewinn aus den Zechen steht trotz der hohen Preise für Speisen und Getränke in keinem Verhältnis zu den Regiekosten und dem täglichen Lebensunterhalt. Besonders schwer werden die gemeinnützigen Vereine, namentlich die Turn- und Gesangvereine getroffen, deren geliebte Aufwendungen für erfolgreiche Arbeit schon in Vorkriegszeiten nicht unerheblich waren. Beleuchtung und notwendige Heizung einer Turnhalle oder eines größeren Vereinszimmers sind fast nicht mehr möglich.

Für Landwirte!

Milch-Versand-Scheine werden hergestellt in der Buchdruckerei von Carl Jöhne, Dippoldswalde

Betrifft Kadaverbeseitigung!

Laut Vollzugsregulation der Amtshauptmannschaft Dippoldswalde sind alle verendeten, totdoberenen, während dem Verenden gelästeten, sowie als durch Fleischergewerbe genutzungsunfähig erklärten Tiere und Tierställe

der Fleischmehlfabrik Dippoldswalde (Tel. 162) zur unabhängigen Beseitigung sofort angemeldet und erfolgt

hohe Bezahlung der Kadaver

den jetzigen Schutzpreisen entsprechend, nach behördlich festgelegten Sätzen

Jede andere Beseitigung oder Verwertung, sowie das Wenden der Kadaver ist bei Strafe verboten.

Ich zahle demjenigen, welcher mir Uebersetzungsstlle; meldet, je nach einer Bestrafung erfolgt: —

100 M. — bei Pferden und Kindern (Großhndl.),
50 M. — für Kleinvieh des Verdes- und Mi-bergrndl.,
100 M. — bis 400 M. — für alle übrigen Kleintiergattungen

Belohnung.

Medungen erteilt!

Fleischmehlfabrik Dippoldswalde.

Karl Doyel, Dippoldswalde. — Tel 162.

Ordentl. Mädchen in Landwirtschaft gesucht.
M. Schler, Großsssa 78.

Zudermarten werden angenommen und von heute ab geliefert.
Markthall : Ewald Haimann.

Erlegenheitskauf!
4 Stück Zentrifugen
fabrikneu, 60 Liter die Stunde,
1 2950 M., zu verkaufen. An-
fragen an O. Ehrhardt,
Dresden R. 8, Kaddeuler Str. 9.

Ein
Zuchtbulle
1 1/2 Jahr alt, für wrzbunt, ist zu
verkaufen oder auch schlachtbar
zu verkaufen bei
Max Keller, Beraunsdorf.

Vergesst die hungernden Vögel nicht!

Felle!

Hasen, Kanin., Ziegen, Fuchs,
Marder, Iltis, u. Marderhndel-
fell.

Schafwolle und Mohrwolle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Jell. Einfanfsz-ntrale

Dresden-N.
Gruner Str. 221.
Bahnfahrt wird vergütet.

Wittentarten :: E. Jöhne

Da
Berufs
Stadt
zember
lang
der
Lag
tragsbe
Wit
öffentl
nächsten
Ein
sind
ginnend
schafts
11. Eing
doch
zahlen
Die
gefocht
Absatz
gefocht
Landesg
Dipp
Dipp
regulir
Hbe
jäger
gegenwr
nis
feiten
und
Bei
Hofbunde
—
Dezember
den
1. J
vierten
J
zember
jahrstg
nur
vier
nicht
feste
tage
Betriebe
Zeit
nicht
drei,
da
der
H
—
Reumann
Volte
Spiel
die
der
deutlich
wurde.
—
De
mhle
im
für
Lehrlin
Henne
ruf
auf
die
dos
Steuere
schuf
auf
1
Wund
Stunde
dem
W
Ausnahm
denn
am
Armen
und
unabhng
nur
offene
ums
seiner
Md
dorfer
Kirch
gemeinden
—
Aus
Hennersdor
nachmittags
zum
regelm
Frauen
haben
uns
seit
Jahren
berg
mhte
Bierung
aller
werden
torn
auf
der
St
regelmh
wurde
der
Frauen
beschlo
eines
Genoß